

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postanstalten, sowie beim Verlag und bei den bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Preis für die Schweiz (Streuhand) Nr. 2. — für Deutschland (Gouvert) Nr. 1. 70 für Österreich (Gouvert) Nr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand).

Insertate

die dreispaltige Zeitspalt 25 Gts. — 20 Wfr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Kottlingen-Zürich. Postsendungen franco gegen franko. Gemündliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Nr. 26.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schiebt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

23. Juni 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnissnahme.

Bei Quartalschluss

müssen sämtliche Briefabonnements baar vorausbezahlt werden.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnenten werden mit Nr. 27 gesperrt.

Ersag für Versandverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamation.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind Briefabonnements unzulässig.

Abonnements für die Schweiz

erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland

sperrten wir mit Quartalsablauf, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Der Thronwechsel in Preußen-Deutschland.

Die Junker und Mäcker dürfen Hallelujah anstimmen und thun es auch unterhohlen: schneller als sie es zu hoffen gewagt, hat der Tod den „liberalen“ Kaiser aus dem Wege geräumt. Am 15. Juni ist Friedrich III. dem Krebs erlegen und sein ältester Sohn, der „Abgott des Heeres“, d. h. der Junker im Heere, und der „liebe Freund“ des pfäffischen Demagogen Stöcker, ist jetzt König von Preußen und Kaiser von Deutschland.

Es wäre höchst geschmacklos, wollten wir, nur um unsere republikanische Gesinnung in ein möglichst helles Licht zu stellen, absolute Gleichgültigkeit gegenüber diesem Wandel der Dinge zur Schau tragen. D nein, wir sind durchaus nicht der Ansicht, daß es durchaus gleichgültig sei, ob diese oder jene Persönlichkeit maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Regierungsgeschäfte erhält, und wie sie diesen Einfluß benützt. Sind auch dem Throndrang der Mächtigen dieser Erde Grenzen gezogen, über die sie nicht hinaus können, und die sich mit dem wachsenden Volksbewußtsein der Völker von Jahr zu Jahr verengern, so bleibt ihnen doch innerhalb dieser Grenzen Spielraum genug, nur zu viel Spielraum, gehörigen Schaden anzurichten. Das Leben der Völker zählt nicht nach Wochen und Monaten, nicht nach Jahren und Jahrzehnten, aber deswegen ist es doch durchaus nicht gleichgültig, was während der Jahrzehnte, der Jahre, der Monate, der Wochen geschieht. Jede lebende Generation hat ihr Recht, jeder Tag seine Ansprüche.

Um ein naheliegendes Beispiel zu wählen, das elende Sozialistengesetz hat die Ausbreitung der Sozialdemokratie in Deutschland nicht zu verhindern vermocht, aber es hat der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf um's tägliche Brod unendlich viel Schaden zugefügt, Verluste materieller Natur, die für Tausende und Hunderttausende eine erhebliche Beeinträchtigung ihres Lebensgenusses zur Folge hatten, ganz abgesehen von den Existenzen, die ihm direkt zum Opfer gefallen. Wäre es nicht schmähhches Unrecht an all' den, so schände um ihr Lebensglück Betrogenen, zu sagen: Weil das Sozialistengesetz den eigentlichen Zweck, der ihm gestellt war, nicht erfüllt hat, ist es ganz gleichgültig, ob es geschaffen wurde oder nicht, ob es aufrechterhalten wird oder nicht? Ganz sicher wäre es das. Wir dürfen der Kurzsichtigkeit, der Beschränktheit unserer Gegner spotten, aber ihnen dadurch einen Freibrief ausstellen, daß wir sagen, es ist alles gleichgültig, was sie thun, heißt den Feinden der Arbeiteremanzipation denn doch das Spiel zu sehr erleichtern.

Die Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, freie Bahn für ihren sozialen und politischen Befreiungskampf zu verlangen. Wer ihr diese Bahn mittels allerhand Polizeigesetze verlegt, ihr unnötige Opfer auferlegt, wer sich ihrer geistigen Emanzipation entgegenstemmt, ist ihr Feind und wird naturgemäß

als solcher von ihr behandelt werden, genau wie derjenige Unternehmer, der seine ökonomische Uebermacht zu systematischer Lohnrückung und Leuteschinderei mißbraucht, von seinen Arbeitern anders behandelt wird, als derjenige, der nur das thut, was in den heutigen Verhältnissen einmal begründet ist.

Ob Friedrich III. die Hoffnungen, welche der bürgerliche Liberalismus in Deutschland auf ihn gesetzt, wirklich erfüllt hätte, bezweifeln wir sehr. Jedenfalls war gar kein Gedanke daran, daß er ein wirklich kräftiges Regiment geführt hätte. Ein solches ist unter den gegenwärtigen Umständen in Preußen-Deutschland einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Aber aus den wenigen Akten seiner sogenannten Regierung, die auf seine Initiative zurückzuführen sind, geht doch soviel hervor, daß er ein Gegner war der reaktionären Junker- und Pfäffensippenschaft, die sich unter dem System Bismarck in Preußen-Deutschland eingerichtet und breitgemacht, und mit dem Giftschlauch ihrer Korruption das öffentliche Leben vergiftet hat. Bei einem so von Servilismus überwucherten Lande wie Deutschland, war selbst das schon etwas, und im Laufe der Zeit hätte er den seit Jahren auf das System Bismarck zugestutzten bürokratischen Apparat genügend durcheinander gerüttelt, daß auch für das Volk etwas dabei herausgesprungen wäre. Soviel ließ sich mit ziemlicher Sicherheit voraussehen.

Davon kann nun jetzt keine Rede sein. Wilhelm II. — nomen est omen — ist von allen „liberalen“ Anwandlungen seines Vaters frei. Er ist vollständig das Produkt der „nationalen Wiedergeburt“ der „glorreichen“ Kriegsjahre 1870/71, in deren Atmosphäre er groß geworden. Daß seine erste öffentliche Erklärung als Regent ein Aufruf an „sein“ Heer war, ist an sich für seine Geistesrichtung bezeichnend, Stolz und Inhalt dieses Aufrufs besagen das Weitere. Daß Wilhelm II. dem eisernen Kanzler blindlings vertraut, hat er wiederholt deutlich zu erkennen gegeben, seine persönlichen Neigungen in der Politik gehen allerdings noch mehr nach rechts, als es Bismarck bisher für nötig gehalten hat, das Staatsschiff zu lenken, aber in dieser Beziehung wird sich schon — wenigstens vorläufig — ein Ausgleich finden. Wofür wäre die Zweifelslehre da?

So wird das deutsche Volk sich hübsch darauf vorbereiten müssen, dem Moloch des Militarismus noch ganz andere Opfer zu bringen, als es bisher der Fall, und als Entgelt dafür eine weitere Ausbreitung der Pfaffenherrschaft hinnehmen zu dürfen. Der Polizeifabel wird dabei nicht in die Gefahr des Verrostens gerathen — kurz, es geht einer lieblichen Aera entgegen. Jetzt wird sich erst das Streber- und Denunziantenthum, welches jahrelang geistlich gezüchtet worden ist, in seiner ganzen Glorie zeigen, jetzt hat es ja seine Rücksichten zu nehmen, jetzt hat es auf lange Zeit „Freipaß“.

Wie lange diese Zeit dauern wird, ist eine andere Frage. Ob Wilhelm II. so lästern nach Kriegsrühm ist, wie die Einen behaupten, wollen wir dahingestellt sein lassen, sicher ist, daß sein Aufruf an „sein“ Heer dieser Auffassung Vorhub leistet, und daß überhaupt sein Regierungsantritt die Friedens-Aussichten in jeder Weise vermindert. Wenn etwas geeignet ist, dem Boulangerismus in Frankreich wieder auf die Strümpfe zu helfen, so ist es die Erziehung Friedrichs III. durch Wilhelm II. Es ist eine, für diejenigen, die etwas lernen können und wollen, sehr lehrreiche Thatsache, daß der trankle Monarch eine Bürgerschaft des Friedens in Europa war. Weil sie von Friedrich III. keine Kriegserklärung zu befürchten hatten, gaben auch die Franzosen ihrer Gegnerschaft gegen den Krieg offenen Ausdruck. Auch das wird jetzt anders werden. Die Vorgänge diesseits der Vogesen werden ihre Reflexwirkung jenseits der Vogesen nicht verfehlen, die Aufregung, die sich zu legen begonnen, wieder von Neuem anzufachen. Die Kriegsgefahr wächst, bis sie eines Tages zum wirklichen Kriege führt.

Wir gehören nicht zu denen, die auf die Möglichkeit spekuliren, daß ein Krieg Besserung der Zustände im Innern bringen könne. Die Möglichkeit ist noch keine Wahrscheinlichkeit, er kann auch nach dieser Seite hin wirkungslos bleiben. Sicher ist dagegen, daß er sehr viel Opfer an Menschenleben und Menschenglück kosten wird und mehr wie fraglich ist es, ob sein Ausgang selbst in der auswärtigen Politik irgendwie Beruhigung schaffen wird.

Was der Krieg bringen kann, darauf rechnet kein vernünftiger Mensch, wohl aber ist damit zu rechnen, was die wachsende Kriegslast nothwendigerweise bringen muß. An ihren Folgen sowie an seiner inneren Hohlheit muß das reaktionäre System, das in Deutschland unter Wilhelm I. geherrschte, und jetzt noch eine Regierung erfahren soll, nothwendigerweise schließlich zusammenbrechen. Die Dinge auf die Spitze zu treiben, das scheint Wilhelm II. als seine geschichtliche Mission aufzufassen, und wir können ihm dazu nur Glück wünschen.

Für den deutschen Liberalismus, soweit dasjenige, was sich dazu zählt, diesen Namen überhaupt verdient, beginnt jetzt die Zeit der Prüfung. Jeder Aussicht beraubt, von oben her irgend welche Förderung oder auch nur Ermuthigung zu erhalten, muß er nothwendigerweise zu einer Oppositionspartei werden, die ihre Kraft einzig und allein im Volke sucht oder von der politischen Bühne ganz abtreten. Alles Schielen nach

oben hört jetzt auf, und damit auch alles Rechnungstragen nach oben. So spigen sich auch in dieser Hinsicht die Gegensätze zu, wird die Situation geklärt.

Die Sozialdemokratie hat nie Illusionen in Bezug auf Hilfe von oben gehegt und daher auch keine zu verlieren. Sie ist von jeher auf den Kampf gerüstet und sieht daher auch den bevorstehenden Kämpfen frischen Muthes und getrosten Sinnes entgegen. Was kann die Polizei, was der Säbel gegen eine Bewegung, deren Existenz in den bestehenden Verhältnissen tief begründet ist? Sie können einzelne Personen treffen, ihr selbst gegenüber sind sie ohnmächtig. Und wenn die herrschende Gewalt mit verdoppeltem, mit verzehnfachtem Eifer gegen uns in den Kampf zöge, und wenn es ihr gelänge, nicht nur die sogenannten Führer, sondern überhaupt alle überzeugten Sozialdemokraten auszurotten, so würde sie bereits Tags darauf die Hydra des Sozialismus ihr Haupt erheben sehen. Solange die Voraussetzungen nicht beseitigt sind, denen die Sozialdemokratie ihr Dasein verdankt, solange die Masse des Volkes als besitzlose Proletarier von einer Handvoll Besitzender ausgebeutet wird, gezwungen ist, ihre Arbeitskraft als Waare auf dem Markt anzubieten und allen Wechselfällen des Waarenhandels preiszugeben, solange die Folgen der Produktionsanarchie auf die Arbeiterklasse abgeladen werden, solange wird die Sozialdemokratie bestehen und gedeihen. Und nach Allem, was von Wilhelm II. bisher bekannt geworden, wird er diese Voraussetzungen nicht beseitigen, sondern eher noch verstärken! So mag er denn zeigen, was er nach der andern Seite hin leistet. Die Sozialdemokratie steht Wehr bei Fuß!

Briefe aus Deutschland.

Deutschland, 10. Juni.

Diesmal ist die „Krise“ also ein Bißchen ernsthafter — Puttkamer wurde vom Kaiser über Bord geworfen, und zwar, das Wichtigste an der Sache, ohne Zustimmung, ja positiv gegen den Willen des Hausmeiers. „Zum ersten Male seit 20 Jahren“ — sagt die Berliner „Volkzeitung“ — „zeigte sich in der Regierung Deutschlands ein stärkerer Wille als der des Fürsten Bismarck.“ Der Kampf ist also zwischen Kaiser und Hausmeier. Und wir sehen erst am Anfang.

Den Fall Puttkamers dürfen wir sonach nicht überschätzen. Der schmalkaldische Polizeiminister ist seiner eigenen Ungeschicklichkeit und Unfähigkeit zum Opfer gefallen. Hätte er sich nicht in der Lockspindel Affäre und in seiner ganzen Polizeiwirtschaft so läppisch gezeigt — hätte er ein wenig mehr den äußeren Schein gewahrt, und es bei der Wahl seines Bruders in Elbing nicht gar zu bumm getrieben — er wäre heute noch im Amt. Er hat sich dem Kaiser persönlich unangenehm gemacht. Das ist Alles. Ein prinzipieller Grund seiner Beseitigung liegt nicht vor. Das muß festgehalten werden.

Es ist wahr, den Anlaß bot das Verlangen des Kaisers, daß bei den Wahlen in den fünfjährigen Legislaturperioden besondere Garantien der Wahlfreiheit geschaffen würden. Allein der Kaiser mußte doch wissen, daß so lange ein Bismarck an der Spitze der Regierung steht, die Wahlfreiheit ein leerer Name sein wird. Was kommt es da auf einen Puttkamer an? Hat's dieser nicht, so hat's ein Anderer.

Der Kaiser dachte ursprünglich auch nicht daran, dem Proletar und Freund der Hring-Mahlton, Raporra, Schröder, Haupt und so vieler Gentlemen und Nicht-Gentlemen der gleichen Sorte einen gnädigen Fußtritt zu geben. Dazu wurde er erst durch des Schmalkaldisers düstere und löpeligste Antwort gereizt — derselbe erklärte nämlich, er habe sich stets die Wahrung der Wahlfreiheit zur heiligsten Pflicht gemacht, und werde stets dafür sorgen, daß den — Landräthen und sonstigen „pflichttreuen Beamten“ die Wahlfreiheit und Agitationsfreiheit gewahrt werde!

Wäre es ein Anderer gewesen, der das geschrieben, man hätte es für einen frechen Junkerwitz halten können, aber bei einem Puttkamer ist die Annahme von Altem, was Wit heißt, ausgeschlossen, und begnügt man sich sogar mit der untergeordneten Stellung.

Diese Dummheit ist war dem Kaiser doch zu arg, das Hohenzollernblut regte sich, und Puttkamer mußte über die Klinge springen.

Also, wie gesagt, von Prinzip kann bei dem „Ereignis“ nicht die Rede sein. Herr Puttkamer vertritt kein Prinzip — dazu fehlt ihm die nötige Intelligenz. Er vertritt noch weniger ein System. Er ist der Handlanger eines Systems — ein Werkzeug des Hausmeiers Bismarck, welcher das herrschende System ist. Den Puttkamer fortjagen und den Bismarck lassen, das ist der kernsichere Schlag eine Schlange einen Kopf ab schlagen, der sofort wieder nachwächst, doppelt und dreifach.

Die kernsichere Schlange mußte mit Feuer und Schwert behandelt, ermüdet, erdrückt, zerstampft werden — und dazu gehörte ein Hercules, der auch allein den Kugiasfall zu reinigen vermochte.

Ist der deutsche Kaiser ein Verleumd? Kann ein Mann mit einer Kanüle im Hals eine Schlange ermüden, die noch tausendmal mehr Köpfe hat als die kernsichere? Und einen Kugiasfall reinigen, der noch tausendmal mehr Riß und Kloakenunrath enthält als weiland der Stuhl des Königs von Elis? Indes — er hat den Versuch gemacht. Oder richtiger: er will es versuchen. Und der Handstuch ist bereits aufgenommen; die „Norddeutsche Allgemeine“ hat schon die Lösung aus gegeben:

Sie Kaiser, Sie Kanzler!

Vor der letzten Wahl hieß es:

Die Reichskanzler, Sie Reichstag!

Inzwischen haben wir Fortschritte gemacht und der Kaiser selbst ist unter die „Reichsfeinde“ geworfen worden. Wer hätte sich noch vor Kurzem das träumen lassen, daß 17 Jahre nach Beginn der neuen Kaiserposse der deutsche Kaiser, der Hohenzoller-Kaiser in die Hölle der Reichsfeinde werde hinabgestoßen werden! Ein gleich rasches Abwärtssinken weist uns die Geschichte kaum zum zweitenmal auf! Und insofern sind die „Reaktionen“ und Kämpfe zwischen Kaiser und Kanzler ungewisselhaft bedeutungsvolle Vorgänge. Wir feignen auch nicht, daß wir uns über den Sturz des Herrn Puttkamer aufrichtig gefreut haben. Jede Niederlage des Gemeinen, Kosen, Niedrigen muß dem anständigen Menschen willkommen sein. Der Fall Puttkamer's darf nur nicht als großes Ereignis betrachtet werden — dazu ist der traurige

Geselle zu klein. Die deutschen Sozialdemokraten haben das auch durch
weg begriffen — sie lassen über die Robomontaden der Fortschrittler,
die sich das Verdienst des „Umschwungs“ zuschreiben und eine neue
— fortschrittliche — Kera in Sicht haben.

Die Rede Richter's in der letzten Sitzung des preussischen Landtags
(26. Mai) hat Puttkamer gestürzt!

Das ist das Leitmotiv der fortschrittlichen Blätter — in erster Linie
der „Freiwilligen Zeitung“ des Herrn Richter, der es überhaupt nicht
liebt, sein Licht unter den Scheffel zu stellen.

Rum — für solche alberne Selbstüberhebung kann man nur Hoh-
gelächter haben! Diese Fortschrittspartei, die in ihrer Blüthezeit
Puttkamer nicht zu stützen im Stand war, will ihn jetzt gestürzt haben,
wo kein Fortschrittler mehr gewählt wird ohne die Hilfe der Sozial-
demokraten und desentrums, und wo man die ganze „Fraktion“ in
ein paar Droschken packen kann! Es ist zum Wägen. Rein, Herr
Richter! Hand weg von dem Puttkamer! Der gehört
uns! Wir sind es, die seit seinem Amtsantritt fortwährend mit ihm
ringen. Wir sind es, die ihm Keulenschlag um Keulenschlag versetzt haben.
Wir sind es, die seine ganze hohe Nichtigkeit der Welt gezeigt haben.
Wir sind es, die ihm in dem Reichstag die Maske abgerissen, seine
schmachvollen, schmutzigen Praktiken enthüllt, ihn für ewige Zeiten in
Gesellschaft der Glendebsten der Glenden an den Schandpfahl der
Geschichte mit ehernen Ketten gefesselt haben! Den lassen wir uns
nicht nehmen, und den lassen wir nicht los. Ob er was keineswegs
unmöglich — bald wieder von dem liebenden Sohn in das Amt zurück-
geführt wird, aus dem ihn der Vater entfernt hat, oder ob er vergessen
und von den eigenen Leuten verachtet seine Pension und den kläglichsten
Ertrag seiner staatsbretterischen Tätigkeit in irgend einem Winkel der
Erde verzeiht — für uns und von uns ist er gerichtet. Der
kleine Unfall, der ihn soeben betroffen, stellt ihn in unseren Augen nicht
tiefer als er schon gestanden hat. Und wir werden dafür sorgen, daß
das Denkmal der Schande, welches wir ihm und seinen Helfers-
helfern gesetzt, thurmhoch sich erhebe. Aber die Helfers-
helfer dürfen nicht vergessen werden und vor Allem nicht der
„Chef“ dieser Patrone, der sie am Schnürchen lenkte, und den die
Verantwortlichkeit vor Allen trifft.

Einzelheiten über die „Krise“ werden die Genossen nicht fordern.
Was kümmert uns dieser Hof- und sonstige Klatsch! Und ist es nicht
geradezu erbärmlich, wenn Hunderttausende und Millionen jetzt das Heil
erwarten von der Hand eines todtkranken Mannes?

Die Sozialdemokratie — das zeigt sich in diesem Augenblick
wieder — ist die einzige politische Partei, welche bei der Ent-
wicklung der Dinge in Deutschland noch ernsthaft in Betracht kommen
kann. Was außerhalb steht, zählt nicht.

Den 15. Juni.

Borgestern rief sich Puttkamer noch mit schmerzhaft-ingrimmigter Miene
den Körperlichkeit, auf welchen ihn der Schritt seines Herrn und Reichers
getrieben — und heute bereitet er sich vernünftig-schmunzelnd auf die Rück-
kehr in das wohlbezahlte (ja doppelbezahlte) Ministerium vor, aus dem er
vor acht Tagen so unzeremoniös hinausgeworfen wurde. Mora
Imperator, der Kaiser und Kaiserbeschwinger Tod, hat
abermals seine schwarze Fahne auf ein Höhenpollernschloß aufgezogen
— und das programmwidrige Zwischenglied neigt sich zum Ende.

Kaiser Friedrich liegt im Sterben. Die Deutschlandfahrt, die er
— ein ungelehrter Höhenkranke — in tödlich kalter Märzlust unter-
nehmen mußte, um den Thron seiner Väter, von dem ihn der Haus-
meier des alten Wilhelm mindestens ein Jahrzehntlang über die Zeit
ferngelassen hatte, überhaupt noch bestiegen zu können — jene Fahrt
aus dem warmen Süden in den rauhen, eisigen Nord, und die ver-
schiedenen „Krautproben“, zu denen der treue „Basall“ seinen „Herrn“
gezwungen — haben der unerbittlichen Krankheit, die an dem Lebens-
mark des neuen Kaisers fraß, gewaltigen, gewaltigen Vorschub geleistet
und die Katastrophe beschleunigt. — Er hatte noch harte Kämpfe
zu bestehen in den letzten Tagen. Daß ein Höhenkranke sich zu der „reichs-
feindlichen“ Weltanschauung emporgeschwungen, es gebe etwas Höheres
als das „ritterliche“ Soldatenpiel und den Puttkamer'schen Polizeispiel,
und das Wählen sei eine Bosheit, wenn die Wahlfreiheit nicht gewahrt
werde — das hatte die sämtlichen Abtheilungen der großen Reaktions-
armee in Harnisch gebracht und auf der ganzen Linie entramme der
Kampf gegen den rebellischen Monarchen, der sein Fürstenthum so staats-
gefährlich mißverhandelt. Nicht genug, daß die „Norddeutsche“, des
Hausmeiers Leitblatt, für den Kaiser ein Fließblatt gegen den
Kaiser forderte — natürlich unter Leitung der Puttkamerlinge,
da Puttkamer selbst augenblicklich verhindert war — nicht genug, daß
die Cloaca Maxima vom Rhein nebst den zahllosen übrigen großen und
kleinen Kloaken ihren Urath wieder in altbekannter Weise auf den
todtkranken Mann und dessen Freunde und Angehörige losprügelten —
er wurde auch von Duzenden von Spiegeln umringt, die jeden
Berkehr mit der Außenwelt kontrollirten. Der deutsche Kaiser und seine
Familie von Spiegeln übermachtet und ausplündert — ganz wie ein sozial-
demokratischer Führer gefährlicherer Sorte! Der deutsche Kaiser ein Opfer

des Sozialistengesetzes! Es fehlte bloß noch, daß Herr Puttkamer zu
diesem patriotischen Dienst die „pflichttreuen“ Beamten Jhring-Rahlow
und Raporra verwendet hätte.

Und während der fränke Kaiser, systematisch isolirt, in letzter Anstren-
gung von seinem Krankenlager aus das Intriguennetz, welches ihn um-
widelte, zu zerreißen und sich der Umarmung des Hausmeiers kram-
pft zu entwinden sucht, feiert der Hausmeister in prunkendem Fest
die Verdienste des Ministers, den der Kaiser soeben als un-
würdig entlassen!

Die Krugabtheilung, welche sich jetzt vor unsern Augen vollzieht, ist nicht
bloß tragisch durch das Geschick eines Menschen — sie ist zu gleicher
Zeit die Tragödie des monarchischen Prinzips. Dieses
Prinzip wird gründlich todt geschlagen. Das Füllhorn von Sophismen
und Legenden, womit die Einzelherrschaft umhüllt und zu einem „Prinzip“
erhoben wurde, ist von den Trägern der Monarchie zertrümmert in alle
Winde geflanzt worden! Die Monarchie steht da als die nackte Ge-
walttherrschaft im Dienste der Reichen und Mächtigen.

Kommt zufällig einmal ein Monarch, der dies nicht einseht, so wird
er bei Seite geschoben — und die Reichen und Mächtigen gehen über
ihn zur Tagesordnung, wie über den Kaiser Friedrich.

Es ist eine gar nützliche Lehre für die Wähler. Fürsten können und
dürfen heutzutage nicht mehr die Interessen des Volks vertreten. Die
Zeiten sind vorbei, da dies möglich war. Was es mit dem Schwindel
des sogenannten „Sozialökonomismus“ für eine Bewandnis hat,
das haben seine Hauptprediger, die Stöcker und Konforten, uns jetzt
gezeigt. Nur das Volk kann die Interessen des Volks
wahren — das muß, angesichts der jüngsten Vorkommnisse in Deutsch-
land, nun auch dem Wähler klar geworden sein.

Die Saat, welche ausgestreut worden ist, wird aufgehen.
Freilich, wir müssen vorläufig noch auf Schlimmes gefaßt sein. Auf
„Verschärfungen“ des Sozialistengesetzes, auf gesteigerte Verfolgung und
auf — Krieg.

Der Tod des Kaisers Friedrich bedeutet die Wiederherstellung
des Hausmeiertums. Und Bismarck weiß nur zu gut, daß er
blühender Erfolge bedarf, um wieder das alte Prestige
zu erlangen. Und nur der Krieg kann ihm die nötigen Erfolge
bieten.

Wohlan, die deutschen Sozialdemokraten werden in jedem Fall ihre
Schuldigkeit thun. Und sie sind jeder Eventualität gewachsen — daß
dürfen die Genossen im Ausland versichert sein.

Eine lehrreiche Episode vom Schlachtfelde des Klassenkampfes.

„An die Bauhandwerker Berlins!“ betitelt sich ein Aufruf, den die
Berliner „Volks-Zeitung“ dem „Verinsblatt der Bauhandwerker“ ent-
nimmt als einen Beweis dafür,
„daß die Berliner großen Verhältnisse sich mit kleinbäuerlichem
Weise durchaus nicht messen lassen, daß hier Verhältnisse mitleiden,
die anderswo kaum merklichen Einfluß ausüben.“

Wir wollen auf diese Frage hier nicht eintreten, es ist ja ohnehin klar,
daß bei aller Gleichartigkeit im Wesen der sozialen Gegensätze, wie sie
die moderne industrielle Entwicklung geschaffen hat und immer mehr
verallgemeinert, doch die lokalen, durch Nebenstände bedingten Unter-
schiede des öffentlichen Lebens die Art, wie die aus diesen Gegensätzen
sich resultierenden Kämpfe sich abspielen, wesentlich beeinflussen, andere
Kampfesformen nötig bzw. möglich machen können.

Was uns veranlaßt, den erwähnten Artikel hier abzuheften, ist ein
anderer Umstand. Es ist das bezeichnende Licht, das er auf das Ver-
hältnis der Arbeiterschaft und des Ausbeuterthums
zur Polizei wirft. Man höre nur:

„Die gewerkschaftliche Bewegung der Berliner Bauhandwerker wurde
im Sommer 1886 unterdrückt, um der Bau-Jnnung wieder
auf die Beine zu helfen, die durch die Intelligenz der Arbeiterführer
und die Anarchie der Maurer zertrümmert und zertrümmert am Boden lag.
Deshalb wurden die Führer ausgewiesen, der Fachverein
und die Lohnkommission geschlossen, das Fachorgan
weggemahregelt und alle Versammlungen verboten.
Deshalb wurde durch den Streikverbot und die ihm folgenden Maßregeln
besonders in Berlin jede Bewegung der Maurer unmöglich gemacht.“

Es ist bekannte Thatsache, daß alles dieses nur eintritt, weil die in
höchster Bedrängnis befindliche, der Auflösung nahe Innung darum
petitionirt hatte. Sie hatte eine Reklamliste eingereicht, welche alle
die Personen verzeichnet enthielt, um deren Ausweisung sie bat. Es
wurde freilich nur etwa ein Drittel der so Prokurirten mit der polizei-
lichen Reklamliste belegt. Aber die Ausbeuter der Innung hatten doch
ihren Willen.

So lag die Sache bis vor Kurzem. Es ist dieser Abschnitt zu
bezeichnen als der Kampf der Innung mit Polizeihilfe gegen
die geknechteten Arbeiter.

Der Kampf führt zu keinem Sieg. Die Innung erstarb zwar im
Innern etwas, wie es ihr ohne Polizeihilfe nie möglich gewesen wäre.
Es gelang ihr aber nicht, den Arbeitern das Joch eines Innungsgeistes
auszuheben.

Der neue, jetzt beginnende Abschnitt ist kurz gesagt der Kampf der
Bau- und Grundstückspekulanten gegen die neue
Berliner Bauordnung, der auf dem Rücken der arbeitenden Bau-
handwerker ausgepackt werden soll.

Die neue, nunmehr in Kraft getretene Bauordnung war eine Noth-
wendigkeit seit langen, langen Jahren. Sie war jedoch bisher durch das
Austreten der Spekulanten und durch die Unterfütterung, die sie in ein
Ausgeheures Kreisen fanden, immer mehr juristisch gehindert worden.

Als endlich mehr Energie hinter die Sache gesetzt wurde, da konnte
doch noch nicht fertig gestellt werden, weil erst die Spekulanten Zeit
behalten sollten, ihr Schicksal im Trocknen zu bringen.

Die Innung verzögerte die Polizei geradezu ihrer Macht-
losigkeit wegen. Eine kleine Polizeierordnung wegen des Schutzes
abfahrend wurde im Mai 1886 benutzt, um der Polizei ihre Machtlosig-
keit dem Kapital gegenüber in beschämendster Weise vor Augen zu
führen. Die Polizeuleute stellten die Arbeit ein und zwangen die Polizei,
die Verfügung im Sinne der Polizeuleute abzuändern. Die Polizei mußte
sich knirschend fügen.

Endlich erschien die neue Bauordnung doch. Es war im Winter 1887.
Sofort begannen die Baupekulanten gegen dieselbe mit List und Ver-
schlagenheit ihre Minirarbeiten. Schon damals drohten die Bau- und
Grundstückspekulanten mit Arbeitslosigkeit.

Erst in diesem Jahre beginnt jedoch der erste Kampf.
Die plötzlich und ohne alle Begründung auftretenden Lohnabzüge
gegen die Maurer haben keinen anderen Zweck, als die Ar-
beiter gegen die Bauordnung aufzureizen. Denselben soll die
Empfindung eingeimpft werden, daß die Bauordnung gegen ihre Inter-
essen ist.

Die Polizei selber hat erst durch Unterdrückung der Arbeiter und
Unterstützung der Innung dieses Vorgehen möglich gemacht. Jetzt stellt
sie sich in einer Sackgasse und sie beizt sich, die Versammlungen der
Maurer wieder zu erlauben.

Das ist der Grund der so überraschenden Erscheinung, daß nun
plötzlich Maurerversammlungen wieder gestattet werden. Es beginnt
ein erster Feldzug der Spekulanten, des Geldfisches, gegen die in der
Bauordnung richtig vertretenen Gebote der öffentlichen Wohlfahrt.

Die Lohnabzüge, die nach schicklichem Plan und nach Verabredung er-
folgt sind, sind der erste Kanonenschuß dieses Kampfes. Die Polizei
beginnt auch „Nur zum Gesecht“ zu machen, und läßt den Arbeitern die
Fügel länger, sie droht den Unternehmern dadurch in sehr verändlicher
Weise. Wie die Sache weiter gehen wird, ob man vielleicht den Fach-
verein und die Sammlungen zum Generalfonds wieder gestatten wird,
das hängt vorläufig davon ab, ob die Innung und die Spekulanten
diesen ersten Wind verstehen.“

Es folgt eine Ermahnung an die Berliner Bauhandwerker, die ge-
schaffene Situation zu beherzigen und sich zu keinen Unklugheiten, zu
keinen „voreiligen Schritten“ hinreißen zu lassen. „Bekommen die
Unternehmer und Spekulanten Angst und geben sie
nach, so treten für Euch sofort die alten Zustände
wieder ein“, heißt es da.

Mit andern Worten:
Heute läßt die Berliner Polizei den Arbeitern freie Hand, weil sie sie
als Sturmböck gegen die Unternehmer braucht — kriechen diese zu Kreuz,
so wird sie voraussichtlich sofort wieder ihre Thätigkeit gegen die Ar-
beiter richten.

Solche „Wendungen“ sind schon oft dagewesen; was die gegenwärtige
so interessant macht, ist die Natur des Kampfes, die zwischen den
Bauunternehmern und der Polizei. Dasselbe besteht in der im Inter-
esse der allgemeinen Wohlfahrt getroffenen Bauordnung.

Diese Bauordnung paßt den Herren Bauunternehmern nicht, sie schäd-
igt ihren Geldbeutel oder besser wohl, sie nimmt nicht genug
Rücksicht auf ihren Geldbeutel, und sofort wenden sie dieselben Rufe
bürger, die sonst nicht laut genug nach der Polizei schrien, nicht genug
Polizei bekommen können, mit wahrer Bersekerwuth gegen die Polizei.
Die Arbeiter aber, die stets von der Polizei getölpelt wurden, wer-
folgten sozialen Streikverbot, sie sehen, was es sich um ein wirkliches
Interesse der Allgemeinheit handelt, sofort auf Seiten der Polizei.

Es ist das kein Zufall, sondern entspricht der Natur der beiden in
Frage kommenden Gesellschaftsklassen. Das Ausbeuterthum kämpft für
Borrechte, die Arbeiterklasse für das Wohl der Gesamtheit.
Dft genug haben wir es gesehen, wie Arbeiter, und zwar nicht bloß
einzelne, sondern ganze Organisationen im Interesse der Gesamtheit ihr
Sonderinteresse hintenansetzten, zeitweise ganz preisgaben. Umgekehrt
sehen wir das Ausbeuterthum fortgesetzt darauf aus, um seiner Sonder-
interessen willen das Wohl der Gesamtheit auf Spiel zu setzen. So kann
man, ohne zu übertrieben, als typisch maßgebend den Satz aufstellen:

Wenn die Polizei bei irgend einer Frage das Ausbeuterthum gegen
sich, die Arbeiter aber für sich hat, so ist hundert gegen eins zu
wetten, daß sie wirklich einmal etwas Rechtes gethan hat, etwas unter-
nommen, was der Gesellschaft zu Gute kommt.

Feuilleton.

Der Prozeß der „Einundzwanzig“ in Petersburg.

Unsere Leser erinnern sich noch des Aufsehens, das seinerzeit die Hin-
richtung Subjeikin's durch Degajeff allüberall machte. Das verbrecherische
Spiel, das Subjeikin mit der revolutionären Partei durch die Vermitt-
lung Degajeff's getrieben, hatte er mit seinem Leben bezahlen müssen,
ohne daß es bis heute gelungen, den Volkstäter des an ihm vollzogenen
Todesurtheils des Exekutionskomites zu ergreifen. Im vorigen Jahre
spielte in Petersburg ein Geheimprozeß, in welchem auch die Affäre
Subjeikin-Degajeff zur Verhandlung kam.

Eine demnach aus der russischen revolutionären Druckeri in Genf
erscheinende Broschüre enthält folgende interessante und durchaus
authentische Mittheilungen über diesen politischen Prozeß der Ein-
undzwanzig, alias Prozeß Lopatin oder Prozeß wegen der Ermordung
Subjeikin's.

Der Prozeß wurde im Mai 1887 in Petersburg bei verschlossenen
Thüren verhandelt; sogar den Vertretern der Presse war der Zutritt
verweigert, und das erschienene Publikum bestand ausschließlich aus etlichen
Generälen. Die einundzwanzig Angeklagten saßen sich nach dreißig
riger Voruntersuchung zum ersten Male wieder, und trotz der sie um-
ringenden Schergen begrüßten sie sich mit freudiger Herzlichkeit. Ehe
die Angeklagten, unter denen sich zwei Frauen befanden, in den Gerichts-
saal eingeführt wurden, nahm man ihnen jegliches Schreibmaterial ab.
Die Mahregel ward dadurch motivirt, daß ja die Angeklagten ihre Ver-
theidiger hätten und also selbst keine Notizen zu machen brauchten.
Während der Verhandlung wurden sie bereits als Berufshelme behandelt.

Das Aussehen der Angeklagten zeugte von ihren körperlichen und
seelischen Qualen; die abgezehrten, eingefallenen Wangen, die gelb-sahle
Gesichtsfarbe ließen sie Kranken ähneln, welche nach langem Siechtum
zum ersten Mal das Lager wieder verlassen. Einer der Angeklagten war
während der Untersuchungsfrist so sehr am Sforbus erkrankt, daß er auf
Krücken zu der Verhandlung erschien. Ein Anderer war beinahe erblindet,
ein Dritter stochte an der Schwindsucht dahin, und beinahe Alle hatten
in Folge der in der Peter-Paul-Festung herrschenden Feuchtigkeit die
Stimmen verloren. Die Angeklagten waren während der ganzen drei
Jahre Untersuchungsfrist in Einzelhaft gehalten worden.

Nach Verlesung des Anklageaktes wurden die Angeklagten aus dem
Saale geführt, um dann einzeln vorgelesen und vom Präsidenten ver-
hört zu werden. Die beiden jungen Mädchen Dobruskina und
Salowa verweigerten jede Auskunft, solange ihre Geschwären nicht
zugegen seien; erstere antwortete auf keine einzige der ihr gestellten
Fragen. Zwanzig der Angeklagten erkannten an, zu der revolutionären
Partei zu gehören, der einundzwanzigste spielte die traurige Rolle des
Judas und verrieth seine ehemaligen Freunde. Dafür verlor er nicht
nur sein Leben, sondern er wurde sogar zur Würde eines „Beamten“
der geheimen Polizei „erhoben“. Der Angeklagte Starodorsky,
welcher sich ebenso unerschrocken als edel benahm, suchte seine Geschwären

zu retten, indem er den größten Theil der „Schuld“ auf sich nahm.
Er gab zu, auf Befehl des Exekutionskomites an Subjeikin das Todes-
urtheil vollstreckt zu haben.

Bei Bereinigung der Kronzeugen offenbarte sich der Pope, der Ver-
treter der christlichen Liebe, in seiner ganzen byzantinischen Niedertracht.
Er ermahnte die Zeugen, vor Gericht weder der Eltern, noch der Ge-
schwister oder der Freunde und Verwandten zu schonen... denn sie
müßten vor Allem treue Diener des Kaisers sein, der unrichtige — lies
polizeiwidrige — Angaben bestrafe. Selbstverständlich waren sämtliche
„Zeugen“ gekauft und vor Eröffnung der Verhandlungen gehörig
instruirt worden, was sie zu sagen oder zu verschweigen hatten. Der
„Diener Gottes“ hatte ihnen im Voraus Erlaß aller ihrer Sünden
ertheilt, die „Eiderei“ konnte also mit Gottes Segen freien Lauf
nehmen.

Wir lassen die Zeugenaussagen bei Seite, da dieselben stereotyp die
Schuld der Angeklagten bestätigten.

Die hervorragendste Erscheinung der „Einundzwanzig“ ist der Revo-
lutionär und Sozialist Hermann Lopatin, den seine hohe Intelligenz,
sein tiefes Wissen und sein energischer Charakter zu einer der besten
Kräfte der russischen revolutionären Partei machten. Lopatin hat Marx'
„Kapital“ ins Russische überetzt, wie er ein persönlicher Freund von
Marx und Engels war. Mehrere glücklich abgelaufene, ebenso lähne als
kluge Fluchtversuche, unter Anderem aus Sibirien, haben ein fast mythis-
ches Gewand um die Gestalt Lopatin's gewoben, den die russische Po-
lizei ebenso hasste, als sie ihn fürchtete. Er ward auf der Straße ver-
haftet, und der stets ungemein vorsichtige Mann hatte gerade im Moment
des Ueberfalls viele Adressen bei sich, die zu einer Reihe von Verhaf-
tungen führten. Lopatin erklärte vor Gericht, wie das möglich gewesen;
seine Worte waren an seine Geschwären gerichtet und enthielten mehr eine
Rechtfertigung und eine Bitte um Verzeihung als eine Aussage:

„Am Rande des Grabes stehend halte ich es für eine moralische
Pflicht, meine Leidensgeschichte, vor Allem Fräulein Dobruskina, sowie
die gesammte revolutionäre Partei, der ich durch meine Unvorsichtigkeit
unberechenbaren Schaden zugefügt, um Verzeihung zu bitten. Jentner-
scher laßt das Unglück auf meiner Seele, und ich hätte gern einen
zehnjährigen Tod der unwillkürlichen Ueberduldung des Schicksals vorgezogen,
der so viele Personen betroffen. Ich sage „unwillkürlich“, denn Alles
geschah nicht nur gegen meinen Willen, sondern auch gegen alle meine
Erwartungen. Ich hoffe, daß Niemand mich, einen Veteranen der russischen
Revolution, der mehr als einmal dem Tod im Anitzig gestand und ihn
nicht fürchtete, der Feigheit zeihen kann. Ich war mit einer solchen Masse
wichtiger Angelegenheiten und sozialen Adressen betraut, daß kein Gedäch-
tniß im Stande gewesen, Alles zu behalten. So mußte ich denn wohl
oder übel Dieses aufzeichnen. Die Masse der Notizen machte es zur
Unmöglichkeit, dieselben zu fixiren, denn ich war sozusagen ein Nach-
schreibebureau für mich und die Freunde. Ich will meine Schuld nicht in
Wörter stellen, aber ich möchte meinen Freunden beweisen, daß ich nicht
leichtfertig gehandelt. Ich that, was jeder ehrliche, körperlich und geistig
gesunde Mensch in den gleichen Umständen gethan, ich rechnete auf meine
Kraft und Geschicklichkeit, um Unglück zu verhüten. Es war mir näm-
lich schon mehrmals gelungen, bei meiner Verhaftung kompromittirende

Papiere zu vernichten. Diesmal wurde ich jedoch auf eine neue Art
verhaftet, nämlich von rückwärts her an den Armen und am Leib er-
griffen und so festgepreßt, daß man mir beinahe das Rückgrat zerbrochen
hätte. Trotzdem gelang es mir auf der Genbormerie, die Papiere in
den Mund zu stecken, da jedoch meine Bewegung bemerkt worden war,
würigten mich die Schergen so stark, daß ich ohne Bewußtsein liegen
blieb. Es ist unmöglich, die Gefühle zu schildern, welche mich durchdrö-
ben, als ich in einer Zelle der Festung zum Bewußtsein kam. Ich, der
schon so oft der größten Gefahr und dem Tode unerschrocken und kalt
Trost geboten, ich lag in Folge des Unglücks acht Monate lang in
schwerem Fieber darnieder. Noch jetzt habe ich nicht den Muth, meinen
Freunden offen in die Augen zu schauen...“

Die Aufregung, welche sich Lopatin's während seiner Rede bemächtigt,
war so stark, daß er auf die Bank zurückank und in lautes Schluchzen
ausbrach. Nicht nur die Mitangeklagten waren von der Szene so tief
ergriffen, daß sie fast sämtlich weinten, sondern sogar die Richter waren
so erschüttert, daß die Verhandlung unterbrochen werden mußte.

Zu ferneren Verläufe der Verhandlungen erklärte sich Lopatin gegen
jeden Raum zu Parteizwecken. „Das Banner unserer Partei muß hoch
und rein gehalten werden, Gruppen, welche mit dieser Ansicht nicht ein-
verstanden, mögen sich besser von der Partei trennen, welche so hohe
Ziele verfolgt, daß die Anwendung derartiger Mittel ausgeschlossen ist.“
Fräulein Salowa bekannte sich als Parteimitglied und Agentin des
Exekutionskomites. Sie hatte die Korrespondenz mit dem Ausland zu
vermitteln.

Der Angeklagte Suchomlin wurde ohne jeden Grund auf bloße An-
nahme hin als „Mitglied der Partei“ verhaftet. Er war aber sogar ein
erklärter Gegner des Terrorismus, und der Staatsanwalt, Kollarensky
heißt der Brave, ließ ihn, wie viele Andere, nur verhaften, um durch
Dokumentierung seines Eifers schneller Karriere zu machen. Suchomlin
war durch einen jungen Mann als Sozialist denunzirt, der im Hause
seiner Eltern aufgezogen worden und den Genossen preisgab, um sich
selbst zu retten.

Der Dichter und Schriftsteller Jakubowitsch war auf Grund von Kräf-
teln gegen die Regierung verhaftet. Alles, was gegen ihn vorgebracht
werden konnte, reduzirte sich auf ein beifolgendes Pamphlet, das, wie sich
ergab, gar nicht von ihm herrührte. Durch Vermittlung des Spion
Degajeff war es von der dritten Mittheilung selbst herausgegeben wor-
den, wie auch der Staatsanwalt einräumen mußte. Jakubowitsch gab
zu, daß er den „Bund der Jugend“ organisirt und unter dem gleichen
Namen eine Proklamirung an die Jugend verfaßt habe. Dies sein ganzes
Verbrechen. Er erklärte sich überdies für ein Minimalprogramm, für
nächstliegende Reformen, um das Elend des russischen Volks zu erleich-
tern. Das nächste Ziel sei die politische Freiheit, welche erzwungene, un-
sere Ideen und Bestrebungen in die Masse zu werfen. Das Volk wird
dann selbst die demokratischen Forderungen stellen.

Die drei Angeklagten Krüsel, Bieloussow und Debedew sind ohne
jeden Grund in den Prozeß hineingezogen und mehr als zwei Jahre in
Untersuchungsfrist gehalten worden.

Angeklagter Antonow erklärt, daß ein in Woronesch organisirter Post-
klub von dem als Angeklagter, Kronzeuge und Spion fungir-

Heute ist in Preußen Deutschland dieser Fall die seitene Ausnahme — die Arbeiter kennen die Polizei nur als Beschützerin des Kasibentums und seiner Privilegien, als gemeinschaftliches Institut zur Unterdrückung aller wirklichen Fortschritte.

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 19. Juni 1888.

— Consummatum est. Es ist zu Ende, schreibt man aus Deutschland, das kurze Zwischenreich des „liberalen“ Kaisers. Wie ein Schattenbild an der Wand ist es vorübergezogen, und die Feinde des Volkes, welche drei Monate lang sich in ihrer Herrschaft bedröht haben, sie atmen wieder auf, und lehnen zurück, aus dem Dunkel, in das sie ihre lichtfeindlichen, verbrecherischen Werk fällen mußten — und sie arbeiten wieder, im vollen Lichte des Tages — arbeiten mit verdoppeltem Eifer, um das Verfallene nachzuholen. —

Die „hundert Tage“ des Traumatikums haben keine Thaten gezeitigt — die Hand eines Sterbenden vermag sich nicht tief einzugraben in die ehernen Tafeln der Geschichte — aber eine herrliche Leuchte für das Volk.

Son Oben her kann die Rettung nicht kommen. Der ganze Klassenstaat ist volksfeindlich und der Monarch, welcher dies nicht begriff und für die Rechte und Interessen des Volks eintritt, hat sofort die Gesamtheit der herrschenden und ausübenden Klassen gegen sich und wird in seinem Streben lahmgelegt. Und sein Durcheinander schützt ihn vor den Giftspillen der privilegierten Unterdrücker und Knechtener ebenso wenig wie der Proletariat sein Arbeitsmittel.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur durch die Arbeiterklasse selbst herbeigeführt werden.“

Das predigt die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten. Und so Mancher hat's nicht geglaubt. Jetzt — angesichts der Schicksale des zweiten der preussisch-deutschen Kaiser, angesichts der Rebellion seiner „Batalionen“ und „allergütigsten“ Diener — mußte die Wahrheit jenes Wortes auch dem hartnäckigsten Optimisten zum Bewußtsein gelangen sein.

Son oben her kann die Rettung nicht kommen. Wer auf die Trugbilder des Himmels und die Großen der Erde baut, der ist genarrt. Nur das Volk kann das Volk befreien.

Für die deutschen Preßverhältnisse ist es bezeichnend, daß nachfolgender Artikel, der wenige Tage vor dem Tode Kaiser Friedrichs geschrieben war, in deutschen Blättern kaum Aufnahme finden konnte, weil man befürchtete, er könne der Polizei Anlaß zur Unterdrückung geben! Wer, ohne die deutschen Verhältnisse zu kennen, den Artikel liest, wird eine solche Befürchtung gar nicht verstehen können, wer aber weiß, wie es in Deutschland zugeht, wer es in häufiger Zeit erlebt, wie die „Bremer Volkszeitung“ und der „Reus Bauhandwerker“, zwei Blätter, die in vorzüglicher, maßvoller Weise redigiert waren, trotzdem von der Polizei unterdrückt wurden — noch obenrein von der Polizei zweier „freien Städte“ — der wird sich über jene Befürchtungen sicher nicht wundern.

Also der in Deutschland undruckbare Artikel, der einem unserer Korrespondenten in die Hände gekommen ist, lautet also:

„Kaiser gegen Kaiser!“

Das ist die neueste Lösung, welche Herr Pindler in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ausgegeben hat, und da Herr Pindler mit dem deutschen Reichskanzler in einer gewissen „prästabilierten Harmonie“ steht, so daß er als sein Doppelgänger betrachtet werden kann, so können wir auch getrost annehmen, daß dies die Lösung des Kanzlers selbst ist. Vor der letzten Reichstagswahl lautete die Lösung anders. Da hieß es: Reichstag gegen Reichskanzler. Der Reichstag, welcher sich hatte bestimmen lassen, in manchen Fragen eine eigene Meinung zu haben, war zur Strafe aufgelöst worden und jede Partei und jede Person, die nicht dem Reichskanzler blinden Gehorsam schwor, wurde als „volksfeindlich“ gebührend, und sollte „an die Wand gedrückt werden.“ Mit Hilfe der bekannten Mittel gelang das auch, und Kaiser Bismarck erkrant sich selbst dem Reichstag, der ihm jeden Wunsch an den Augen ablesen mußte, im Gebetswillingen und Tasagen seine einzige Freude erblüht.

Und dennoch wieder „Fraktionen“, wieder „Kraftproben“! Dem Reichskanzler, der den Widerstand des Reichstags glänzend niedergeworfen, ist an „höherer“ Stelle Widerstand erwachsen: Der deutsche Kaiser hat einen andern Willen gehabt als der deutsche Reichskanzler, und die Kaiser! Die Kaiser! Ist der Schlichter des Herrn Pindler und seines Doppelgängers.

Wie unsere Leser doppelt werden, hat und der Sturz des Herrn Puttkamer sehr kühl gelassen. Herr Puttkamer ist nur ein Rädchen in der Maschine, das jeden Augenblick ersetzt werden kann und dessen Ent-

fernung oder Beibehaltung für uns und überhaupt für das deutsche Volk höchst gleichgültig ist. So lange das jetzige System dauert, ist es ganz einseitig, als der Hauptpolizist des Reiches Puttkamer, Reichstags, Bismarck oder unerschrocken auch Deming oder Riquel heißt. So lange das System besteht, befinden wir uns der Lage jener Hühner der französischen Karrikatur, die von dem Koch gefragt wurden: „Wollt ihr gekocht oder gebraten werden?“ Wir wollen weder konservativ gebraten, noch national-liberal gekocht werden. Wir rufen: Fort mit dem ganzen System!

Und, wie gesagt, Herr Puttkamer ist nicht das System. Trotzdem hat seine Entlassung, weil sie, was jetzt zweifellos ersieht, gegen den Willen des Fürsten Bismarck beschlossen wurde, das System getroffen, den Fürsten Bismarck getroffen, welcher der Träger des Systems ist, und hat seinen Schlagtruf Pindlers und seines Doppelgängers zur Folge gehabt.

Die Kaiser! Die Kaiser!

oder genauer:

Die Kaiser! Die Kaiser!

Denn das ist die richtige Wortstellung nach Pindler und seinem Doppelgänger.

Das deutsche Volk soll bei den Wahlen zum Landtag und natürlich auch zum Reichstag entscheiden, wem es sein Vertrauen schenkt, dem Kanzler, welcher Deutschland „geschaffen“ hat, oder den reichsfeindlichen Elementen, die sich bei der Entlassung des braven Puttkamer geltend gemacht haben. Mit andern Worten: Der Kanzler vorüber ein Plebiszitt gegen den Kaiser. Wer glaubt zu irren. Und wer 1871 und noch viel viel später vorausgesetzt hätte, 17 Jahre nach Gründung des deutschen Reichs würde der deutsche Kaiser von dem Kanzler — oder Kanzler-Organ — zum Reichsfeind gestempelt werden, der wäre auf seinen gesunden Menschenverstand untersucht worden.

Wir werden nicht zu denen, die den Vorkommnissen in den Palästen einen ausflogelassenen Einfluß auf die Geschicke der Menschheit zuschreiben — wir wissen, daß der Gang der politischen und sozialen Entwicklung sich nach Gesetzen vollzieht, an denen kein Jamboduum — auch nicht das höchstgeheilte — etwas ändern kann — trotzdem wäre es thöricht, wollten wir die Bedeutung der Thatfache, daß das preussische Regiment des deutschen Reichskanzlers mit der Krone des Hohenzollernkaisers in Konflikt gerathen ist, zu verkümmern suchen oder gar in Abrede stellen.

Fürst Bismarck ist das Produkt der Verhältnisse, ebenso wie die Hohenzollern-Monarchie und das deutsche Reich. Daß sich in der Person des Fürsten Bismarck eine so große Kraft konzentriren konnte, das liegt einerseits in der wirtschaftlichen Verfassung, welche die herrschenden Klassen des Zarenismus in die Hände treibt — andererseits in der Eigenartigkeit der persönlichen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu dem vorigen Kaiser. Der Wille des vorigen Kaisers fiel mit dem Willen des Fürsten Bismarck so vollständig zusammen, daß in Wirklichkeit nur ein Wille vorhanden war.

Dieser Zustand hat mit dem Tode des Kaisers Wilhelm aufgehört. Der neue Kaiser hat einen Willen, welcher nicht der Wille des Fürsten Bismarck ist. Damit hat die Einheitslichkeit des Willens aufgehört. Nach der monarchischen Tradition mußte Fürst Bismarck unter solchen Umständen zurücktreten; allein hieran denkt er gerade so wenig, als er an seine Demission dachte, wenn er im Reichstag eine Niederlage erlitten hätte. Er erkennt die streng monarchische Regel so wenig an wie die parlamentarische. Und das ist's, was dem gegenwärtigen Konflikt sein Interesse verleiht. Der Führer der Ordnungsparteien — und das ist Fürst Bismarck — kann sich in die einst so warm verklärte Rolle des „Batalionen der Handlung“ hineinfinden. Und — Herr Pindler hat dem Kaiser den Handschuh hingeworfen!

Wir leben in einer Zeit der allgemeinen Verwirrung und Auflösung, und es ist nur natürlich, daß auch in den oberen und obersten Regionen die Auflösung sich vollzieht.

Der Führer der Ordnungsparteien pocht auf seine Reichstagsmajorität; und er appelliert ans Volk, das ihm bei den nächsten Wahlen wieder die Majorität geben soll. Das dünkt und etwas unvorsichtig. In orientalischen Märchen lesen wir von mächtigen Genien, deren Macht aber begrenzt ist, sobald ein Verdrinort, welches sie an der Stirn tragen, ausgehöhlet wird. Die verdrinorten Ordnungsparteien, auf die der Reichskanzler sich stützt, gleichen jenen Genien, ihre Macht ist leicht zu vernichten: das Wort: „21. Februar 1887“, das sie an der Stirn tragen, braucht bloß weggewischt zu werden. Und das ist leicht. Das Mittel heißt: Auflösung des deutschen Reichstags — Neuwahlen.

Würden Herr Pindler und sein Doppelgänger beim Worte genommen — nichts Schlimmeres könnte ihnen geschehen. Jetzt Neuwahlen — jetzt, wo der Sturz des Mannes, der die Wahlen des 21. Februar 1887 leitete, allen Wahlfälschern und Wahlbetrüggern einen heilsamen Schreck eingebläht hat — das wäre das längste Gericht für die Kartellüberdrückung — das Volksgericht. Sie würde weggesetzt werden wie Spreu vor dem Winde, und nach der Wahlwahl würde es von den Kartellbrüdern heißen wie weiland von den stolzen

daß die Vertheilung nicht an dem im Voraus beschlossenen Urtheil ändert, laufen die Vertheilung der bei der geringsten freien Wendung auf administrativem Wege nach einem abgelegenen Winkel verschickt zu werden. (Der deutschen Regierung besonders mit Rücksicht auf ihre Kolonisationsprojekte in Afrika zu empfehlen.) Trotzdem hielten sich die Vertheiliger in vorliegendem Prozeß vornehmlich.

Starodorsky, welcher Subjektin hinterzogen hatte, vertheidigte sich selbst. Seine Vertheidigung gestaltete sich zu einer erdrückenden Anklage gegen Subjektin oder richtiger gegen das gesamte russische Polizeisystem. Subjektin wollte durch die Revolutionäre die Gräfin Tolstoj und Plese sowie den Großfürsten Wladimir ermorden lassen und dann die Nieder verhaften. Das Komplott sollte den Jaren von Subjektin's Fingerringen übergeben und ihm zum Ministerposten oder zur Diktatur verhilfen. Mit Degajeff zusammen wollte er dann unter den Revolutionären für die im Ausland lebenden russischen Revolutionäre organisieren, um dieselben so möglich in Fällen zu loden und durch List oder Gewalt nach Rußland zu bringen.

Er gründete in Petersburg geheime Drudereien, in deren einer z. B. die nichtperiodische Zeitung „Karonaja Wajka“ (Der Volkswille) hergestellt ward, und besetzte in eigener Person Artikel für die revolutionäre Presse.

In all' diesen Unternehmungen spielte Degajeff die Rolle der Mittelsperson. Er bezog für seine Dienste ein monatliches Fixum von 300 Rubeln, außerdem monatlich 500 Rubel für Reisen in Rußland, und für jede Reise ins Ausland 2000 Rubel.

Subjektin fabricierte auch Pässe für kompromittirte Revolutionäre; Starodorsky z. B. erhielt aus dieser Quelle einen Paß als Samitsky. Die Revolutionäre hatten natürlich keine Ahnung, woher das Geld und das Geld kam. Degajeff, das alter ego Subjektin's, galt als ehrlicher und ergebener Anhänger der Partei, und Niemand dachte an einen Verrath jenerseits. Subjektin hatte sogar ein, natürlich schließliches Attentat gegen seine eigene Person organisiert. Da er einmal vollzog sich in der Seele Degajeff's eine Wandlung, und er bekannte dem Exekutivkomitee seine verrätherische Rolle. Dieses fällt das Urtheil, Degajeff sollte als Sühne seines Verraths in eigener Person Subjektin tödten und darauf Rußland und Europa verlassen, überlassen von der Bildsäule oblig verschwinden. Im Falle von Ungehorsam gegen das Verdict des Exekutivkomitees ward Degajeff der Tod angedroht. Das moralische Uebereinget des Exekutivkomitees war so groß und die Wandlung Degajeff's so tief, daß er das Urtheil vollstreckte hat; er tödtete Subjektin und ist seitdem spurlos verschwunden. Starodorsky hat an dieser Hinrichtung Theil genommen und hat, ihn als gemeinen und nicht als politischen Verbrecher zu richten. (In Rußland werden nämlich nur politische Verbrecher mit dem Tode, gemeine Verbrecher mit Zwangsarbeit bestraft.) Die meisten Angeklagten verweigerten auf das Wort, andere ergriffen es nur, um gegen das Gericht und die Richter zu protestieren, so z. B. Sopatin, welcher sagte: „Es gab eine Zeit, wo der Gerichtssaal offen und frei war, wo man in ihm seine Meinung äußern konnte. Diese Zeit ist vorbei und für lange vorbei. Jahre lang hat man uns in Einzelhaft gehalten, jetzt verurtheilt man uns hinter

Schiffen der spanischen Armada: Der Sturm hat sie gepackt und sie sind weggeblasen. — Wird es dazu kommen? Wohl nicht. Fürst Bismarck wird es nicht um Weisheiten treiben, er wird das bessere Theil des Urtheils erwählen und abwarten.

Qui vivra verra. Die Wirth werden ja sehen — das Volk verliert sich nicht bei diesen „Fraktionen“ und „Konflikten.“ —

Der Gegenstand, den vorstehender Artikel behandelte, ist ja mit dem Tode des einen der beiden kämpfenden Theile aus der Welt geschafft. Der neue Kaiser wird seinen Kanzler keine Gelegenheiten geben, ihm mit dem Jaupfahl zu winkeln, daß wenn der Hausmeister will, sich der Hohenzoller zu buden hat — ebenso gut wie weiland in Franken der Herosinger.

„Wir wollen keine Franzosimmerpolitik! Fort mit der Franzosimmerpolitik!“ drüllte der Chorus der „nationalen“ Presse Deutschlands vor einigen Wochen, als es galt, die der reaktionären Hof-Flaque verhasste Kaiserin Viktoria beim deutschen Volke zu verdrängen. Die „geistige Elite“ des deutschen Bürgertums“ berührte der Gedanke, daß eine im weitesten Sinne des Wortes bürgerlich gestimmte Partei Einfluß auf die Regierung gewinnen könne, ungemein „peinlich“, es war eine patriotische Pflicht, diesen Einfluß der „liberalen Engländerin“ brechen zu helfen. Nun, der Tod ist den biedereren Vaterlandskriegern in Hülle geist, er hat den guten deutschen Speßbürger vor dem Unglück bewahrt, eine Frau auf dem Throne zu sehen, die einen weiteren geistigen Horizont hat, als seine Begriffe von dem Wesen der „Weiblichkeit“ erlauben, und mehr Energie als die gesammten bewährten Stützen des nationalen Liberalismus zusammennehmen.

Friedrich III. ist todt und Wilhelm II. wenn seiner Mutter, wenn sie überhaupt noch Lust dazu verspüren sollte, nicht gestatten, sich in die Politik einzumischen. In dieser Beziehung, lieb Vaterland, magst ruhig sein. Mit der Franzosimmerpolitik hat's ein Ende.

Wirklich? Und die Gräfin Baldersee, vermittelte Prinzess Friedrich von Schleswig-Holstein-Roer, geborne Mary Lea? Die „schöne und gewandte Amerikanerin“? Die Beranthalterin der berühmten Zusammenkunft zum Besten der „innern Mission“? Seit einigen Monaten wurde derselben ebenso der Hof gemacht wie der Frau von Rainton in der letzten Herrschaft Ludwigs XIV., schrieb kürzlich die „Rem-Jour“ Zeitung in einem Artikel aus unweifelhaft sehr gut unterrichteter Feder. Sollte das nur in Rücksicht auf den großen Kredit gesehen sein, den ihre Rathschläge in der Bergangeheit bei dem bisherigen Kronprinzen und seiner Frau genossen haben?

Jedenfalls darf man gespannt darauf sein, wie die „gebildete“ Liberalismus benehmen wird, wenn diejenigen Recht behalten, die in der Tochter des Bankier David Lea die „aufgehende Sonne“ begrüßen. Ob er alsdann auch den Ruß beizugehen wird, von seiner Franzosimmerpolitik etwas wissen zu wollen, und ob sich der bekannte deutschgeistige Heros dazu ausschwingen wird, im Kasan eine weite Drohschule gegen „sternbare Mitregenten“ eröffnen zu lassen, auch wenn es sich um keine englische, sondern um eine amerikanische Gouvernante, nicht um die Freundin eines Helms, sondern um die Beschützerin eines Silberhandels, Beheremo.

Die Vorgänge in den oberen Regionen, denen die bürgerlichen Oppositionsparteien so tiefgehende staatspolitische Bedeutung zuweisen, haben auf unsere Politik so wenig Einfluß, wie auf die Politik der Feinde gegen uns. Die Verfolgungen gehen ganz in der alten Weise fort. In Leipzig wurde am Sonnabend — zum dritten Mal seit vier Wochen — eine Anzahl Sozialisten wegen des bekannten Flugblattes zu exorbitanten Gefängnisstrafen verurtheilt. In Bremen wurde die jahre „Bremer Volkszeitung“ auf Grund des Sozialistengesetzes verboten und einer der Redakteure, Genosse Bruhns, auf Grund des bekannten Ausweisungsparagraphen aus Bremen verwiesen und auf die Wanderschaft durch Deutschland geschickt. In Zwickau befürwortete der Kartellbruder und Reichstagsabgeordneter Tempier eine Verschärfung des Sozialistengesetzes, jedoch nicht durch Expatiation, welche ihre international-rechtlichen Schwierigkeiten habe, sondern durch Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte — man soll den sozialdemokratischen „Führern“ das aktive und passive Wahlrecht entziehen, was allerdings eine sehr einfache Lösung wäre. Und Hausungen ohne Zahl.

Zur Abwehslung hat das Berliner Landgericht die 40 Bauhandwerker, die wegen Verletzung des Vereinsgesetzes, ungesetzlichen Verkehrs mit einander u. s. w. angeklagt waren, nach 14tägigen Verhandlungen freigesprochen, und zwar mit einer Begründung, welche den Puttkamer'schen Praktiken eher zu feuern geeignet ist, als der Fall Puttkamer's.

Die „Thatfachen“, welche in dem Berliner Prozeß für gesetzlich erklärt worden, sind beläufig ganz gleich denen, welche zur Verurtheilung der Leipziger Steinmeyer auf Grund des famosen Geheimbund-Paragraphen geführt haben! Man nennt das „Gleichheit vor dem Gesetz“. In Silberfeld sind einige der Gesangenen freigelassen worden. Das „Material“, welches gegen sie vorliegt, ist gleich Null, und es befähigt sie in vollem Maße, daß die

verschlossenen Thüren. Ich kann Ihre Kompetenz, meine Herren Richter, nicht anerkennen. Sie sind die Diener des Jaren, und vollführen nur dessen Befehl, und zu verurtheilen. Aber eines trotzet mich, das nämlich über und alle, Angeklagte und Richter, ein höheres Gericht entscheidet, das Urtheil der Geschichte. Beurtheilen Sie mich zu Tode oder nicht, es bleibt sich Alles gleich. Wir thut mir das Gute leid, daß ich in meinem Leben für die Sache des Volks nicht mehr gethan habe. Ich verlange weder Schonung noch Erbarmen, ich werde ebenso mannhaft zu sterben wissen, wie ich gelebt habe.“

Konakowitsch bestritt seine Zugehörigkeit zur Partei, das aber trotzdem um den Tod, da er denken einer langen Einzelhaft vorzöge.

Am 3. Juni um 12 Uhr nachmittags waren die Verhandlungen zu Ende, die Richter zogen sich zurück und wollten Abends 6 Uhr das Urtheil verkünden. Statt dessen erschienen sie Nachts 3 Uhr, die Romodie zum Abschluß zu bringen. Der Gerichtssaal war mit Kerzen beleuchtet und erinnerte an eine mittelalterliche Inquisitionsbibliothek, Richter und Gendarmen mahnten an Gespenster, Tobentänze herrschte. Die Angeklagten waren so ruhig und gefaßt, als ob es sich um ein Schauspiel handelte, das sie selbst gar nichts angehe. Der Präsident General Zemiroff verlas das Urtheil: für Lopatin, Suchomlin, Iwanow, Jakubowitsch, Starodorsky, Konakowitsch, Antonow, Balmow, Ruzin, Almadin, Geier und die Damen Saloma und Dobruskina den Tod, für zwei andere Angeklagte vierjährige Katorga (Zwangsbauarbeit in den sibirischen Bergwerken) und für einen 4 Monate Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Vorsitzende sagte hinzu, daß das Gericht selbst mildernde Umstände plädieren würde und folgende Strafmaßregeln beantragte: für Suchomlin und Woiny statt der Todesstrafe 15 Jahre Katorga, für Ruzin 12 Jahre, für Fräulein Dobruskina 8 Jahre, für Geier 4 Jahre.

Am 7. Juni ward das abgeänderte Urtheil verlesen. Die Angeklagten nahmen in einer herrzerreißenden Scene von einander Abschied. Die zum Tode Verurtheilten wurden in geschlossenen Wagen nach der Peter-Paul-Festung zurückgeführt, wo sie zwei Wochen auf Vollstreckung des Urtheils warten mußten. Das milde Väterchen begnadigte Lopatin, Starodorsky, Konakowitsch, Iwanow und Antonow zu lebenslänglicher Einzelhaft in den feuchten Kamern von Schlüsselburg, Fräulein Saloma zu 20jähriger und Jakubowitsch zu 18jähriger Zwangsarbeit in Sibirien.

Die Verurtheilten wurden in Ketten gefesselt, sogar die Freigesprochenen transportirte man in Ketten nach ihren respektiven Geburtsorten. Der Prozeß mit seinen Verurtheilungen ist ein weiteres trauriges, aber glorieuses Blatt in der Geschichte der russischen Freireiungskämpfer, das Alterthum hat keine größeren Heiden, das Christenthum keine idealen Märtyrer aufzuweisen als die, in der schamlosen Justizkomodie nicht gerichteten, sondern verherrlichten Vorkämpfer für die Freiheit des russischen Volkes. Aus diesem Prozeß wie aus vielen anderen ist all' gerichtet hervorgegangen nur der Despotismus, seine Vertreter, seine Heteroknechte und seine Institutionen. O-u.

tenden Zello angezogen und verbreitet worden war. Nach seiner in Charkow erfolgten Verhaftung wurde Antonow in Ketten nach der Peter-Paul-Festung gebracht und ihm ein Register seiner „Verbrechen“ vorgelegt, das er nicht anerkannte. Daraufhin ward Zello in seine Zelle gebracht und ergriffte sofort Waffen und Pistolen, das Antonow, der ihn wie seinen Bruder geliebt, die Augen aufgingen. Einige Zeit später ward Antonow zum Direktor des Polizeiministeriums gerufen und ihm der Vorstoß gemacht, gleich Zello in den Dienst der Polizei zu treten und seine Freunde zu verrathen. Man gab ihm zwei Wochen Bedenkzeit, während denen er häufig die Kluge hoher Polizeibeamten empfing, welche ihm für seinen Verrath goldene Berge versprachen, aber umsonst. Antonow, ein sehr intelligenter Arbeiter, Mitglied der sibirischen Delegation, gibt seine Theilnahme an dem Vorstoß zu, den er damals als ein unermessliches Uebel ansah, während er jetzt Lopatin's Ueberzeugung theilt, daß derartige Propagandamittel von der Partei verabschiedet werden müssen.

Der Angeklagte Woiny wurde auf die Aussagen eines zehnjährigen Mädchens hin verhaftet. Er gehobte zur Zeit seiner Verhaftung der Partei gar nicht an, er war damals so arm, daß er buchstäblich fast nur Hunger aß, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn er der Partei angehört hätte, denn die Partei verfügte damals über reiche Mittel, die ohne ihr Wissen, durch Degajeff's Vermittlung von Subjektin geliefert wurden, welcher Komplotte inszenirte, um dann Jar und Gesellschaft zu „Netzen“ und Minister zu werden.

Einer der Angeklagten erklärte, daß er nie zur revolutionären Partei gehört habe und nichts mit ihr zu thun haben wollte. Seine Verhaftung hätte sich daraus, daß er eiliche Revolutionäre gekannt habe!

Hiermit endete das Verhör, und der Staatsanwalt des Kriegsgerichts, Wainow, ergriff das Wort. Seine Anklage bezog sich besonders auf Lopatin, Suchomlin, Jakubowitsch, Starodorsky, Konakowitsch und Fräulein Saloma. „Schon die bloße Zugehörigkeit zur revolutionären Partei“, sagte der Staatsanwalt, „wird nach dem russischen Gesetz mit dem Tode bestraft. Gegen Lopatin brauche ich nicht aufzutreten, seine Vergangenheit allein verdient den Tod, die Saloma verdient den Tod als Sekretärin Lopatin's. Suchomlin hat den Strang dadurch verdient, daß er in den zwei Jahren seiner Untersuchungshaft seinen einzigen seiner Freunde verrathen! (Wie logisch und moralisch!) Das Jakubowitsch betrifft, so verlor ich auch für ihn die Todesstrafe, denn wenn er auch gegen den Verrathismus war, so glaube ich doch, daß er ohne seine Verhaftung noch zum Terrorist geworden wäre!“

Der milde und logische Staatsanwalt sowie seine beiden Gehilfen verlangten für sämmtliche Angeklagte mit Ausnahme von Fränkel, Bielouschow und Zeseden die Todesstrafe. Letztere drei sollten nur zu 15 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurtheilt werden. Der Präsident des Kriegsgerichts war über die letztere milde Forderung so erschrocken, daß er sie strengig zu Protokoll nehmen ließ. (Es war nämlich im Voraus beschlossene Sache, alle Angeklagten, ob schuldig oder nicht, zum Tode zu verurtheilen.)

Die Vertheiliger der Angeklagten, meist bekannte Advokaten aus Petersburg, plädieren, soweit es der Vorsitzende erlaubte, auf mildernde Urtheile. Ihre Rolle war eine äußerst schwierige, denn abgesehen davon,

